

Junger Wilder oder Pragmatiker?

Welche Akzente Jens Spahn im Bundesgesundheitsministerium setzen kann

Dass Angela Merkel mit Jens Spahn ausgerechnet einen ihrer schärfsten Kritiker zum Bundesgesundheitsminister machen will, überrascht auch die Kenner des Berliner Politbetriebs. Was haben Ärzte und Zahnärzte von dieser Personalie zu erwarten?

Die fachliche Eignung für das Amt sprechen Spahn auch seine Gegner nicht ab. Sechs Jahre überzeugte er als gesundheitspolitischer Sprecher der Unionsfraktion durch fundiertes Detailwissen. So nannte ausgerechnet sein SPD-Gegenspieler Karl Lauterbach den 37-Jährigen „keine schlechte Wahl“. Er habe jahrelang gut mit ihm zusammengearbeitet und schätze seine Sachkenntnis.

Trotz seines Alters verfügt der Münsterländer über langjährige politische Erfahrung. 2002 wurde er mit erst 22 Jahren als Direktkandidat in den Bundestag gewählt. Seitdem vertritt er seinen Wahlkreis Steinfurt I – Borken I in Berlin. 2017 erhielt er 51,2 Prozent der Erststimmen. Auch kommunalpolitisch war Spahn aktiv. Er gehörte dem Stadtrat seiner Heimatstadt Ahaus und dem Kreistag des Kreises Borken an. Im Juli 2015 machte ihn Wolfgang Schäuble zum Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Gesundheitspolitische Erfahrung erwarb er in der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die er von 2009 bis 2015 leitete, sowie als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses.

Seine inhaltliche Ausrichtung ist indes schwer einzuschätzen. Spahn gilt als Vertreter des konservativen Flügels der Union, was ihn immer wieder in den Konflikt mit der Kanzlerin brachte. Als den „Mann, der Angela Merkel herausfordert“ bezeichnete ihn 2007 das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Vor allem die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin kritisierte Spahn als einer der wenigen CDU-Abgeordneten auch öffentlich.

In der Gesundheitspolitik scheint er dagegen pragmatischer ausgerichtet zu sein. Die Trennung in private und gesetzliche Krankenversicherung (PKV und GKV) hat der gelernte Bankkaufmann bereits 2013 infrage gestellt. Vielleicht erklärt das auch das Lob vonseiten der SPD, die ja weiterhin auf die Bürgerversicherung hofft. Mittlerweile spricht Spahn jedoch nur noch von „Reformbedarf“ bei der



Foto: Maximilian König

Jens Spahn (CDU) soll neuer Bundesgesundheitsminister werden. Ob die SPD-Basis dem dafür nötigen schwarz-roten Koalitionsvertrag zustimmt, war bei Redaktionsschluss dieses BZB noch offen.

PKV. Auch der Selbstverwaltung steht er durchaus kritisch gegenüber. Er sehe bei der Selbstverwaltung noch Möglichkeiten zur Verbesserung und plane daher, sie auf den Prüfstand zu stellen. „Wir wollen überprüfen, wo und wie Strukturen, Verfahren und Organisationsformen in der Selbstverwaltung als Verantwortungsgemeinschaft weiterentwickelt werden können, um die Akzeptanz der Institutionen und die Sachbezogenheit der Entscheidungen weiter zu erhöhen“, sagte er bereits 2013 in einem Interview mit der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände. Stets auf die Expertise von Ärzten, Krankenhäusern und Krankenkassen zu setzen, „klappt derzeit nicht besonders gut“, befand er zwei Jahre später.

Doch genau auf diese Expertise wird er als neuer Bundesgesundheitsminister angewiesen sein. 236 Milliarden Euro geben alleine die gesetzlichen Krankenkassen für die medizinische und zahnmedizinische Versorgung in Deutschland aus. Hinzu kommen die Leistungen der privaten Krankenversicherung. Und die Grundlage dafür sind die Gebührenordnungen, die das Ministerium von Jens Spahn erarbeitet. Es allen recht zu machen, das ist in diesem Amt so gut wie unmöglich. Von einem „geschickten Schachzug“ Merkels spricht deshalb „Spiegel online“ angesichts der Personalentscheidung. Vielleicht wird Spahn deshalb auch nur versuchen, die Zeit als Bundesgesundheitsminister möglichst unbeschadet zu überstehen, um sich danach für noch höhere Aufgaben zu empfehlen.